

Westbalkan 2030

Eine Vision für eine demokratische und prosperierende Region

GERHARD MARCHL

Karl-Renner-Institut, Leiter der Abteilung Europäische Politik

www.renner-institut.at

Auf einen Blick:

- Der Westbalkan ist heute von Nationalismus, enormen wirtschaftlichen und sozialen Problemen und autoritären Tendenzen geprägt. Jahr für Jahr verlassen zehntausende Menschen die Region.
- Serbien und Montenegro verhandeln bereits über den EU-Beitritt, Albanien und Nordmazedonien folgen demnächst. Die EU sollte die Westbalkanländer bei Initiativen wie dem European Green Deal berücksichtigen sowie klare Indikatoren festlegen, die für einen Beitritt zu erfüllen sind.
- Die Staaten sollten ihre Wahlsysteme demokratisieren und den Kampf gegen Korruption ausweiten. Die EU muss den Druck auf die Regierungen erhöhen, die Grundfreiheiten einzuhalten, und unabhängige Medien stärken. Die Abkehr vom Nationalismus und Gerechtigkeit für die Opfer der Kriege der 1990er Jahre sind für ein gedeihliches Miteinander notwendig.
- Um die hohe Jugendarbeitslosigkeit zu senken, braucht es grundlegende Reformen im Bildungssystem sowie Jugendgarantien: Jede_r Jugendliche soll in Ausbildung, Arbeit oder Schulung sein.
- Die Mobilität von Jugendlichen innerhalb des Westbalkans muss erhöht werden. Gleichzeitig braucht es Programme, die Auswanderer_innen zur Rückkehr bewegen können.

2018 gründeten das Karl-Renner-Institut, das International Institute for Peace (IIP) sowie das Österreichische Institut für Internationale Politik (oiip) die Initiative „Young Generations for the New Balkans 2030: Towards Alternative Horizons“. Unsere Absicht ist es, die Anliegen der jungen Generation auf dem Westbalkan ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken. Daher geben wir vor allem jungen Expert_innen und zivilgesellschaftlichen Aktivist_innen aus der Region eine Stimme.

Der Westbalkan ist immer noch von Nationalismus geprägt, dazu kommen enorme wirtschaftliche und soziale Probleme, Perspektivenlosigkeit, Erstarrung der politischen Systeme, in manchen Ländern Einschränkungen der Grundfreiheiten. Der EU-Beitritt ist noch nicht in Sicht. Er bleibt ein längerfristiges Ziel, dem noch viele Reformen vorangehen müssen. Jahr für Jahr verlassen zehntausende, vor allem junge Menschen die Region, um sich in Mittel- und Westeuropa, den USA, Kanada usw. ein neues, freieres und wirtschaftlich gesicherteres Leben aufzubauen.

Ziel der Initiative ist es, die Vision eines *anderen* Westbalkan zu entwickeln, der den (jungen) Menschen eine Lebensperspektive bietet. Versöhnung, gute Bildungssysteme, ein gesundes Wirtschaftsumfeld, die Garantie der Grundfreiheiten und die schrittweise Teilnahme am europäischen Einigungswerk sind dafür die Voraussetzung.

Das vorliegende „Politik aktuell“ fasst die wichtigsten Analysen und Perspektiven zusammen, die gemeinsam mit den Mitgliedern des Netzwerks erarbeitet wurden. Es nimmt Bezug auf das wesentlich umfangreichere Papier „[Vision 2030 for the New Balkans: Towards Alternative Horizons](#)“.

Ein europäischer Westbalkan

Alle sechs Westbalkanstaaten (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien) haben eine Perspektive für den Beitritt zur EU, doch wird kein Land in den nächsten Jahren tatsächlich beitreten können. Die einzelnen Länder sind unterschiedlich weit: Serbien und Montenegro verhandeln bereits über die Aufnahme in die EU, wobei sich die Fortschritte in Grenzen halten. Im Falle von Albanien und Nordmazedonien konnten sich die EU-Länder am 25. März 2020 auf den Beginn von Beitrittsgesprächen einigen, nachdem ein entsprechender Beschluss im Oktober 2019 noch am Widerstand vor allem Frankreichs gescheitert war. Bosnien und Herzegowina sowie Kosovo haben den Status potenzieller Beitrittskandidaten, aber derzeit keine reale Perspektive für die Aufnahme von Verhandlungen.

Die Vision für 2030 ist, dass zumindest ein Teil der sechs Staaten der EU beigetreten ist oder sich zumindest im Abschlusstadium der Beitrittsverhandlungen befindet. Auch mit den Nachzüglern haben die Gespräche begonnen und sind auf einem guten Weg.

Um diese Vision Wirklichkeit werden zu lassen, sollte die EU ihre Politik gegenüber der Region sowie den Verhandlungsprozess adaptieren: Zunächst sollte sie sektorielle Integrationsmaßnahmen der Westbalkanländer in Betracht ziehen, um sie auf den Vollbeitritt vorzubereiten. So sollten die sechs Staaten in bestehende Programme und Initiativen, wie zum Beispiel den European Green Deal, möglichst frühzeitig eingebunden werden. Zudem wäre es angebracht, sie an der bevorstehenden Konferenz zur Zukunft Europas teilnehmen zu lassen, zumal diese auch über ihre Zukunft beraten wird. Ebenso wichtig wäre es, während des Verhandlungsprozesses mit Anreizen und Sanktionen zu

operieren, damit der Bevölkerung bewusster wird, inwieweit ihre jeweilige Regierung ihre Zusagen einhält.

Die EU sollte Druck auf die Westbalkanstaaten ausüben, damit diese die liberale Demokratie und die Grundfreiheiten stärken sowie auf Versöhnungsschritte zwischen Ethnien, Religionsgemeinschaften und den Nachbarstaaten setzen.

Die Beitrittsverhandlungen müssen transparent sein. Die Zivilgesellschaft sollte von den Regierungen weitest möglich eingebunden werden, und die EU sollte nicht nur mit offiziellen Verhandler_innen, sondern auch mit Expert_innen aus der Region im Austausch sein. Nur so kann sie ein vollständiges Bild der Lage in den Beitrittsstaaten erhalten.

Schließlich sollte die EU klare Benchmarks und Indikatoren in allen Verhandlungskapiteln festlegen, die erfüllt werden müssen und nicht mehr unterschritten werden dürfen. Damit soll gewährleistet sein, dass auch tatsächlich Fortschritte im Leben der Bürger_innen erzielt werden.

Liberalen Demokratien mit engagierten Bürger_innen

Ohne die Westbalkanländer über einen Kamm scheren zu wollen, ist festzustellen, dass die Demokratie unter Druck ist. In manchen Ländern haben die regierenden Eliten den Staat für sich vereinnahmt (state capture), und Wahlen können ihren Zweck nur mehr ungenügend erfüllen, indem ihr Ausgang durch unzulässige Maßnahmen beeinflusst wird. Hinzu kommen vielerorts der Missbrauch von öffentlichen Geldern und weit verbreitete Korruption. Die Regierenden neigen nur allzu oft dazu, den Handlungsspielraum von Opposition und Zivilgesellschaft einzuschränken. Insbesondere in Serbien ist die Pressefreiheit unter Druck, da viele Medien unter staatlicher Kontrolle stehen und die verbleibenden freien Medien eingeschüchtert werden.

Im Jahr 2030 jedoch, so die Vision unserer Expert_innen, sind alle sechs Staaten gefestigte Demokratien, die die Rechtstaatlichkeit achten und über starke und unabhängige Institutionen verfügen. Sie fühlen sich dem Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität verpflichtet und haben hier schon wesentliche Fortschritte erzielt. Die Staatsbürger_innen sind sich ihrer Rechte bewusst und sind bereit, sich für ihre Grundfreiheiten einzusetzen.

Um diesen – freilich auch in äußerst entwickelten Demokratien nie gänzlich erreichten – Idealzustand herzustellen, sind u.a. folgende Maßnahmen notwendig:

- Die Staaten müssen ihre Wahlsysteme demokratischer gestalten, damit sie nicht mehr den Interessen bestimmter Parteien und einzelner Personen dienen.
- Die Eliten, aber auch die Bürger_innen sollten mehr Bewusstsein dafür entwickeln, dass sie verantwortlich für die Realisierung von Reformen sind, die die Länder an die EU heranführen sollen.
- Die EU soll offene(re) Kritik an den Regierenden im Falle von autoritären Tendenzen üben.
- Sie soll ihre Förderinstrumente für zivilgesellschaftliche Initiativen und unabhängige Medien ausweiten.

- Die Staaten müssen ihren Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität intensivieren. Die EU soll besonderes Augenmerk auf die Einhaltung von Antikorruptionsmaßnahmen und -gesetzen richten.

Volkswirtschaften und Arbeitsmärkte, die der (jungen) Bevölkerung Chancen eröffnen

Die Eingliederung von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt funktioniert in den sechs Westbalkanländern nur sehr unzureichend. Die Arbeitslosenrate unter Jugendlichen beträgt zwischen 25 % in Serbien und 55 % im Kosovo. Die Anzahl jener Jugendlichen, die weder in Ausbildung noch Arbeit oder Schulung sind, ist im Steigen begriffen. Andererseits sorgt die Auswanderung vieler Menschen in gewissen Bereichen bereits für Arbeitskräftemangel.

Was sind die Ursachen für die hohe Jugendarbeitslosigkeit? Wie die schwachen PISA-Testergebnisse in den betreffenden Ländern zeigen, bereiten die Schul- und Ausbildungssysteme die Absolvent_innen nicht ausreichend auf den Arbeitsmarkt vor. Zudem ist die Arbeitskräftemobilität gering, die bürokratischen und finanziellen Hürden für Unternehmensgründer_innen sind hoch, auf ohnehin geringe Löhne sind hohe Abgaben zu entrichten, die Schattenwirtschaft boomt.

Die Vision für 2030 ist eine andere: Die Jugendlichen haben gleiche Chancen am Arbeitsmarkt, und eine aktive Arbeitsmarktpolitik sorgt für eine Zunahme der Beschäftigung und für ausreichende Unterstützung für Jungunternehmer_innen.

Um diese Ziele und eine Senkung der Jugendarbeitslosigkeit zu erreichen, wäre die Einführung einer Jugendgarantie (jede_r Jugendliche_r soll in Ausbildung, Arbeit oder Schulung sein) am dringlichsten. Ausbildungsprogramme sollen die Vermittelbarkeit von Jugendlichen zusätzlich fördern. Schließlich sollten die Arbeitskräftemobilität und somit die Chancen der Jugendlichen, eine Stelle zu bekommen, dadurch erhöht werden, indem Standards bei Regelungen und Ausbildungseinrichtungen in der gesamten Region vereinheitlicht werden.

Bildungssysteme, die die Jugendlichen auf das Leben vorbereiten

Die sechs Westbalkanstaaten schneiden durchwegs schlecht bei den PISA-Tests der OECD ab. Selbst nach der Pflichtschulzeit können viele Jugendliche nicht ausreichend lesen, schreiben und rechnen und gelten am Arbeitsmarkt als schwer vermittelbar. Zudem werden Kenntnisse oftmals im Rahmen von Frontalunterricht vermittelt, kritisches Denken ist hingegen kaum gefragt.

Bis zum Jahr 2030, so muss es das Ziel sein, haben die betreffenden Länder ihre Bildungssysteme nachhaltig reformiert, so dass die PISA-Testergebnisse zu Erfolgsmeldungen geworden sind. In den Schulen eignen sich die Jugendlichen nicht nur das nötige Wissen an, sondern sie werden auch auf den Arbeitsmarkt und das Leben als freie und mündige Bürger_innen vorbereitet.

Um dies zu erreichen, ist es nötig, kritisches Denken, Kreativität und Verantwortungsbewusstsein bei den Jugendlichen zu fördern und ihnen demokratische Werte sowie die bürgerlichen Rechte und Freiheiten zu vermitteln.

Klare Fortschritte im Umwelt-, Klima- und Katastrophenschutz

In Sachen Umweltschutz hinkt der Westbalkan den mittel- und westeuropäischen Standards zum Teil weit hinterher. Besonders augenfällig ist dies bei der Luftverschmutzung, deren Folgeerkrankungen durchschnittlich für mehr als doppelt so viele Todesopfer im Jahr sorgen wie in der EU. Weitere Probleme betreffen die Wasserqualität in Flüssen und Seen, die Abwasseraufbereitung sowie die Müllaufbereitung und -entsorgung. Der Klimaschutz gehört nicht zu den Prioritäten der Regierungen.

Ein weiterer wunder Punkt ist die Katastrophenvorsorge. Trotz hohen Erdbebenrisikos und der Verwundbarkeit durch Überschwemmungen, Dürreperioden, Waldbrände usw. sind die sechs Westbalkanstaaten nicht ausreichend für derartige Naturkatastrophen gerüstet. Dies gilt, wie sich dieser Tage zeigt, auch für Epidemien wie COVID-19. Auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Katastrophenfall bleibt ungenügend.

Bis 2030 jedoch, so unsere Vision, haben die Westbalkanstaaten ihre Umweltschutzstandards an jene in der EU angeglichen; auch die tatsächliche Luftverschmutzung entspricht dem europäischen Durchschnitt. Darüber hinaus nehmen die betreffenden Länder am European Green Deal teil und leisten ihren Beitrag zum Klimaschutz. Nicht zuletzt dank der Teilnahme an entsprechenden EU-Instrumenten ist die Region besser auf Naturkatastrophen vorbereitet.

Damit dieses Wunschscenario Wirklichkeit werden kann, braucht es folgende Schritte:

- Aktive Einbindung des Westbalkans in den European Green Deal durch die EU
- Übernahme und Umsetzung der EU-Umweltgesetzgebung nicht zuletzt dank EU-Unterstützung und -Monitoring
- Einbindung der Westbalkanstaaten in rescEU, einer EU-Initiative, die zusätzliche Kapazitäten für den Katastrophenschutz bereithält
- Entwicklung und Umsetzung von (grenzüberschreitenden) Katastrophenschutzstrategien, nicht zuletzt dank kontinuierlichen Drucks vonseiten der EU

Gerechtigkeit für alle Opfer der Kriege

Die regionale Kooperation bei der Aufarbeitung der Kriegsverbrechen in den 1990er Jahren und die Verfolgung der Täter_innen stagnieren oder verschlechtern sich sogar. Während in Bosnien und Herzegowina und Kosovo gewisse Fortschritte erzielt werden, sind im Falle von Kroatien Rückschritte festzustellen. In Serbien hält der Unwille an, die Verbrechen damaliger Verantwortlicher anzuerkennen. Die Leugnung und die Verharmlosung der Verbrechen gipfeln zum Teil sogar in der Glorifizierung der Täter_innen. Nationalistische Tendenzen halten an bzw. sind auf dem Vormarsch.

Der Westbalkan im Jahre 2030 ist geprägt von demokratischen und offenen Gesellschaften: ethnischer Nationalismus hat keinen Platz mehr, vielmehr gibt es ein gemeinsames Verständnis über die Notwendigkeit von Gerechtigkeit für alle Opfer der Kriege.

Um diese Version Wirklichkeit werden zu lassen, müssen die EU bzw. die liberalen Kräfte innerhalb der EU revisionistischen Tendenzen auf dem Westbalkan konsequent den Kampf ansagen. Es braucht funktionierende Justizsysteme, die die Kriegsverbrechen aufarbeiten, als Basis für demokratische

Staaten mit einer friedvollen Zukunft. Versöhnung ist nur dann möglich, wenn auch die eigenen Verbrechen eingestanden und die Opfer der Gegenseite anerkannt werden.

Die EU muss Druck ausüben, dass die lokale und staatliche Justiz allen Opfern Gerechtigkeit widerfahren lässt. Sie muss die zwischenstaatliche Kooperation auf dem Westbalkan im Bereich der Menschenrechte und der Aufarbeitung von Kriegsverbrechen tatkräftig unterstützen; dazu gehören auch so wichtige Initiativen wie RECOM (Regional Commission Tasked with Establishing the Facts about All Victims of War Crimes and Other Serious Human Rights Violations Committed on the Territory of the Former Yugoslavia).

Mündige und mobile Jugendliche, die der Zusammenarbeit verpflichtet sind

Das Leben vieler Jugendlicher am Westbalkan ist nicht nur von hoher Arbeitslosigkeit, mangelhaften Bildungssystemen und geringer Mobilität geprägt, sondern auch von einer nur bescheidenen Rolle in den politischen Entscheidungsprozessen. Die Jugend hat schlichtweg oftmals keine Stimme.

Im Jahr 2030, so die Vision, gibt es etliche Jugendförderprogramme und -instrumente, die nicht zuletzt auch die Mobilität unter den Jugendlichen zunehmen haben lassen. Dazu gehört das Balkanus-Programm, das den Studierendenaustausch forciert und Stipendien vergibt. Eine große Zahl von Jugendlichen ist bereit, sich auf lokaler, nationaler und zwischenstaatlicher Ebene politisch zu engagieren.

Auf dem Weg dorthin sind bereits erste positive Schritte gesetzt worden. Die Mittel für das Programm Erasmus+ am Westbalkan wurden von der EU verdoppelt. Zudem haben die sechs Staaten mit dem RYCO (Regional Youth Cooperation Office) eine Struktur geschaffen, die die Beziehungen zwischen den jungen Menschen der gesamten Region festigen und die Voraussetzungen für Aussöhnung, Vertrauen, Dialog und Zusammenarbeit schaffen soll.

Aber es braucht mehr. Die Westbalkanländer müssen vielfach erst jugendpolitische Ziele formulieren sowie Jugendstrategien und -aktionsprogramme ausarbeiten und umsetzen. Dabei müssen die Jugendlichen auch selbst eingebunden werden und mitentscheiden können. Besonders wichtig ist es, die Mobilität der jungen Generation zu erhöhen und entsprechende Programme, gerade auch für sozial benachteiligte Jugendliche, auszubauen. Die gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen, die Stärkung von Plattformen wie RYCO sowie der Austausch auf kultureller und sportlicher Ebene sind ebenso unverzichtbar.

Migration, die Nutzen bringt

Zu den größten Herausforderungen am Westbalkan gehört die massenhafte Auswanderung. Jedes Jahr verlassen zehntausende, vor allem junge Menschen die einzelnen Staaten, um sich woanders ein neues Leben aufzubauen. Das Ergebnis ist, dass über 31 % der Bevölkerung im Ausland leben. Damit nicht genug: die Hälfte der Menschen ist grundsätzlich bereit, ebenfalls ihre Heimat zu verlassen. Natürlich bringt die Emigration auch Vorteile für die Gesellschaft: Elan, Wissensaustausch, sinkende Arbeitslosigkeit, Finanztransfers der Diaspora. Aber der Braindrain sorgt auch für gewaltige Probleme, vor allem im Gesundheitssystem, der Verwaltung, auf den Universitäten und in der Wissenschaft. Strategien, die Ausgewanderten zur Rückkehr zu veranlassen (zirkuläre Migration), gibt es kaum bis

gar nicht, obwohl viele Menschen in der Diaspora durchaus zur Rückkehr bereit wären, wenn sich nur die Zustände im Herkunftsland besserten. Die Gesellschaft könnte von einer Zunahme der zirkulären Migration nur profitieren.

Bis 2030 hat sich diese Situation zumindest in unserer Vision geändert. Die sechs Westbalkanstaaten verfolgen nun eine Migrationspolitik, die diesen Namen verdient, und Programme zur zirkulären Migration, um jene Menschen zur Rückkehr zu bewegen, die Jahre zuvor die Region verlassen haben. Viele Adressat_innen dieser Programme kehren tatsächlich zurück oder erwägen zumindest diesen Schritt.

Eine wichtige Voraussetzung dafür sind zunächst valide Daten und Forschungsergebnisse zur Auswanderung und allen mit ihr verbundenen Aspekten. Hier müssen die Staaten und die EU ihre Anstrengungen erhöhen. Auf dieser Grundlage müssen die Programme, die Menschen zur Rückkehr bewegen sollen, aufbauen.

Eine Trendumkehr kann letztlich nur dann gelingen, wenn sich die sozioökonomischen Lebensbedingungen und das politische Umfeld am Westbalkan derart verändern, dass ein Verbleib in der Region wieder attraktiver ist.

Der Westbalkan – eine eng verwobene Region

Immer noch gibt es am Westbalkan zahlreiche ungelöste bilaterale Konflikte – trotz mancher Fortschritte wie beispielsweise des Prespa-Abkommens zwischen Nordmazedonien und Griechenland, mit dem der jahrzehntelange Namensstreit beendet werden konnte. Die mannigfaltigen Streitfälle nicht nur zwischen den sechs Westbalkanstaaten, sondern auch mit den Nachbarländern betreffen hauptsächlich die Grenzziehung und Minderheitenrechte, aber auch die Handelsbeziehungen. Der schwerwiegendste und bekannteste Konflikt betrifft die stockende Normalisierung zwischen Serbien und Kosovo. Nicht minder problematisch ist, dass auch Bosnien und Herzegowina den Kosovo nicht anerkennt und die bilateralen Beziehungen geradezu inexistent sind. Zudem hat das EU-Mitglied Kroatien mit all seinen südlichen Nachbarn offene Grenzfragen zu lösen.

In Bezug auf die vielbeschworene Konnektivität ist der Befund ebenfalls ernüchternd: Die ohnehin nicht zahlreichen bestehenden Eisenbahnverbindungen sind langsam und wenig frequentiert, und das Autobahnnetz bleibt unterentwickelt, obwohl der Berlin-Prozess hier Initiativen gesetzt hat und die EU sowie China (im Rahmen des Projekts „Neue Seidenstraße“) verschiedene Infrastrukturprojekte (ko)finanzieren. Die Handelsbeziehungen sind trotz des Bestehens des Mitteleuropäischen Freihandelsabkommens CEFTA (mit den sechs Westbalkanstaaten und Moldau als Mitglieder) unterentwickelt.

Die Vision für 2030 ist eine andere: Die sechs Staaten haben mit „Balkaneum“ ein Regionalbüro eingerichtet, das zur Sicherung ihrer Interessen innerhalb und gegenüber der EU dient. Alle Regierungen fühlen sich der regionalen Kooperation und guten nachbarschaftlichen Beziehungen verpflichtet. Serbien und Kosovo haben ein umfangreiches Abkommen zur Normalisierung ihrer Beziehungen abgeschlossen und setzen es um. Dies führte auch zu offiziellen Beziehungen zwischen Bosnien und

Herzegowina und Kosovo. Das Ende des Nationalismus ermöglicht allen sechs Staaten die gegenseitige Unterstützung auf dem Weg in die EU.

Auch auf wirtschaftlicher Ebene führt echter freier Handel zu mehr ausländischen Investitionen. Endlich ist der Ausbau der Verkehrs- und Energieinfrastruktur in die Gänge gekommen. Auch die Eisenbahnverbindung zwischen Belgrad und Prishtina wurde wieder in Betrieb genommen und ausgebaut, kofinanziert von der EU.

Der Weg dorthin wird jedoch nicht einfach sein. Die Regierungen müssen erkennen, dass auch mit dem angestrebten EU-Beitritt die Kooperation *innerhalb* des Westbalkans essentiell ist. Zudem braucht es die Bereitschaft, auf wirtschaftlicher Ebene und im Bereich der Infrastruktur die nationalistischen Tendenzen zu überwinden. Ziel muss eine eng verwobene Region sein, die auf starke Verbindungen (Verkehr, Energie, Digitalisierung) und Mobilität setzt.

Die Expert_innen

Dina Bajramspahić, Montenegro
Samir Beharić, Bosnien und Herzegowina
Đorđe Bojović, Serbien
Nikola Burazer, Serbien
Adnan Ćerimagić, Bosnien und Herzegowina
Donika Emini, Kosovo
Dona Kosturanova, Nordmazedonien
Gentiola Madhi, Albanien
Mario Mažić, Kroatien
Aulonë Memeti, Kosovo
Azra Muftić, Bosnien und Herzegowina
Dafina Peci, Albanien
Agnesa Qerimi, Kosovo
Senada Selo-Sabic, Kroatien
Hana Semanić, Bosnien und Herzegowina
Stefani Spirovska, Nordmazedonien
Tara Tepavac, Serbien
Vuk Velebit, Serbien
Alida Vračić, Bosnien und Herzegowina

Die Gründer_innen der Initiative

Karl-Renner-Institut

Gerhard Marchl, Leiter der Abteilung für Europäische Politik

International Institute for Peace (IIP)

Hannes Swoboda, Präsident, ehem. MEP

Stephanie Fenkart, Direktorin

Österreichisches Institut für Internationale Politik (oiip)

Vedran Džihić, Senior researcher